

Wöchentliches Anzeiger und Anzeiger

für Teuchern



Abonnementpreis: Die sechsgehaltene Fortsetzung 3, — M., Restausgabe 4 50 M.

Abonnementpreis in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitperiode 10. bis 15. September 1922, 9 Uhr. Frühere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Anzeigerpreis: durch meine Geschäftsstelle 45.00 M., durch unsere Post bei 48.00 M., Einzelnummer 400 M.

Bestellungsbedingungen und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitperiode 10. bis 15. September, auch an allen Postämtern angenommen.

Amliches Verbandsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 112

Sonnabend, den 23. September 1922.

61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Zwischen einer französischen Industrie-Gruppe und der deutschen Kohlenindustrie-Gruppe von Siemens ist ein weiteres Wiederaufnahmevertrag auf Grund der Lieferungsverträge abgeschlossen worden.

— Die Berliner Verhandlungen Lord Curzons mit Poincaré und Graf Forza wurden am Samstag in nächster Zeit eine neue Orientkonferenz einberufen.

— Donnerstag begannen am dem Angsbauer Barthelemy der S. B. D. und dem Berater Barthelemy der S. B. D. die Einkaufsverhandlungen.

— Die Reichsbank erhöhte ihren Diskont auf 8 Proz.

— Der Kaiserhof ging am der Berliner Seite am Donnerstag auf 1393 zurück.

Die letzte Woche.

Erfreulicherweise ist es den Vorbereitern der französischen Presse nicht gelungen, die deutsch-belgische Vereinbarung über die von uns angeführten Goldwechsel auf dem Boden eines sechsmonatigen Umlaufs zu beschließen. Die deutsche Weisung unterzeichnet, und die Bank von England garantiert. Das ist ein freundschaftlicher von Seiten eines offiziellen Instituts eines Entente-Landes, der ebenso wie das belgische Einverständnis damit beweist, daß es einen Weg zur Verständigung gibt, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Dies Gesicht der Bank von England und der Reichsbank zeigt auch den einzigen Zukunftspunkt, auf dem die Verhandlungen weiter behandelt werden kann. Die Regierungen wurden von Frankreich informiert, die Großbanken lassen sich nicht in ihre Geschäfte hineinreden. Die amerikanischen Institute müssen natürlich noch zu den in London und in Berlin hinzutreten.

Gegenwartig ist uns freilich bei diesem Abkommen nichts im Gegenteil. Die Bank von England ließ auch nur vom Geschäftsgang, verzichtet also nicht darauf, wir haben die Alternative und wollen hoffen, daß in zwischen bei der Entente die Einheit wächst. Der nächste praktische Schritt für die Lösung des Reparationsproblems soll auf der für November voranzugesehene große Konferenz stattfinden, in welcher der Plan für die Entente der deutschen Finanzen aufgestellt und danach über das eigentliche Schuldungsgehalt der deutschen Weisung die Entscheidung getroffen werden wird. Es wird dann wieder einen heißen Disput um die „Rechte“ Frankreichs geben, wenn sich die großen Banken im Interesse des Weltverkehrs der Sache annehmen, dann haben sie in einem Punkt auf der Frankentanz auch die Mittel, Poincaré zur Befähigung zu bringen. In eine mögliche Erledigung für Deutschland, das darf nie vergessen werden, ist nicht zu denken. Auch die lebenswichtigste Bank interessiert sich nicht dafür, uns etwas zu schenken.

Die Entwicklung der Dinge im nahen Orient läßt sich bezüglich ihrer künftigen Gestaltung noch nicht übersehen. Die Franzosen haben keine Zweifel, den Frieden im Interesse Englands irgend welche Schritte in den Weg zu legen, und in England möchte man nicht leicht zum Übersehen greifen, denn die Bevölkerung begeistert sich sofort nicht für einen neuen Kriegszug. Auf der anderen Seite will der siegreiche türkische Generalissimo Kemal Pascha nichts überlassen, er braucht wohl auch Zeit, seine durch den Feldzug hart mitgenommenen Truppen sich erholen zu lassen. Immerhin läßt er keinen Zweifel daran, daß die Hauptmacht Konstantinopel als Sitz des Sultans in den Händen der Türken bleiben und eine strategische Sicherung erhalten muß. Die Balkanländer scheinen mit neugierigen Augen auf diese mögliche Neuordnung der Dinge, und die ganze muslimatische Welt hält den Atem an, um das letzte Wort zu hören, das in dieser Sache gesprochen wird.

Eine neue Orientkonferenz.

Zus Ergebnis der Pariser Weisung Curzons. Am Mittwoch vormittag hatte der zu diesem Zweck nach Paris gereiste englische Außenminister Lord Curzon eine vollständige Unterredung mit Poincaré über die Orientfragen. Es verlautet, daß sich im Laufe der Unterredung ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lord Curzon geltend machten. Am Nachmittag folgte eine weitere Besprechung zwischen Lord Curzon, Poincaré und dem Grafen Forza. Auch der englische Admiral Lord Beatty und der französische Admiral Graflet waren anwesend. Gener erklärte Bericht über die militärische und maritime Lage an den Meerengen, und Admiral Graflet ergänzte diesen Bericht in einigen Punkten. Zwischen Lord Curzon, Poincaré und Graf Forza wurde die Vereinbarung getroffen, so rasch wie möglich eine Konferenz einzuberufen, auf der Frankreich, England, Italien, Japan, Rumänien, Serbien, die Türkei und Griechenland (also ohne Rußland) vertreten sein sollen.

Auf dieser Konferenz soll der Friedensvertrag zwischen Griechenland, der Türkei und den Alliierten ausgearbeitet werden. Für Freitag wurde eine neuerliche Zusammenkunft zwischen Lord Curzon und Poincaré anberaumt.

Unteressen rückt England weiter.

Das Ergebnis der Pariser Besprechungen lag bereits am Abend dem englischen Minister vor. Nach Weiter ist in der Absicht der englischen Regierung, die Integrität der Meerengen und der neutralen Zone auf beiden Ufern der Dardanellen aufrecht zu erhalten, keine Änderung eingetreten. Die militärischen Vorbereitungen Englands zum „Freiheit“ der Meerengen werden daher weiter fortgesetzt. Allerdings haben sich übrigens auch Kanada und Neuseeland bereit erklärt, dem englischen Mutterland Truppen zum „Schutz“ Konstantinopels und der Dardanellen zur Verfügung zu stellen.

Die Türken marschieren vor.

Der englische General Maurice meldet, die türkische Kavallerie auf der Grenze der neutralen Zone, auf der asiatischen Seite der Dardanellen, nehme an Stärke zu. Die türkischen Streitkräfte sammeln sich nach und nach und werden an einer Besetzung der Besatzung der asiatischen Küste. Mustafa Kemal habe die Minister von Ankara nach Smyrna berufen, wo eine Sitzung über die Frage Krieg oder Frieden stattfinden soll.

Der Abzug der letzten Griechen.

Nach einer Kopieabmeldung aus Thessalon sind die letzten griechischen Abteilungen, die noch in Anatolien lagen, in Adrak (Marmarone) an Bord gegangen.

Deutsche Arbeiter nach Frankreich.

Ein neuer Wiederaufnahmevertrag. Zwischen der „Gambre Syndicale des Constructeurs en Ciment Armé“, der 88 der bedeutendsten französischen Baunternehmergruppen angehören, und der Lehrer von Siemens, Vereinigte Bauwerkstoffindustrie, ist, wie jetzt bekannt wird, am 14. September in Paris ein Vertrag abgeschlossen worden betreffs eines gemeinschaftlich aufzufüllenden Programms für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Danach übernimmt die deutsche Gruppe die Beschaffung der gesamten Baumaterialien auf Grund der deutsch-französischen Sachlieferungsverträge. Sie übernimmt gleichzeitig die in diesen Verträgen vorgelebene Rolle eines deutschen Mandatars, während die französische Gruppe sich als französischer Mandatar eintragen lassen. Beide Gruppen sichern sich die Zustimmung und Unterstützung ihrer Regierungen. Soweit das im Stinnes-Lubet-Vertrag vorgelebene Kohlenabkommen zur Durchführung gelangt, soll es auch dieser Gruppe zugute kommen. Die Verhandlungen der französischen und deutschen Gruppe mit einem neutralen Finanz-Konsortium stehen vor ihrem unmittelbaren Abschluß.

Bon ganz besonderer Wichtigkeit erweist sich schließlich die Tatsache, daß das französische Wiederaufnahmeministerium eine Verwendung deutscher und internationaler Arbeitskräfte bis zu 50 Prozent der Gesamtarbeiterzahl zugestimmt hat. Es würde sich nach dem Stand der bereits in Ausführung begriffenen Arbeiten um ungefähr 150 000 Arbeiter handeln, und der neue Vertrag, dessen Vorarbeiten übrigens bis 1920, also vor das Nachau-Abkommen zurückreichen, gewinnt damit auch besonders für den deutschen Arbeiter an Bedeutung.

Ueber die Verwendung und eventuelle Entsendung der in Frage kommenden deutschen Arbeitergruppen sind die Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereits aufgenommen; sie werden, wie wir hören, in durchaus entgegenkommenden Geiste geführt. Es soll sich dabei um etwa 40 000 deutsche Arbeiter handeln.

Der Stand der Ernte.

Die Folgen der unglücklichen Wetterlage. Die Preisrichtungskommission des Deutschen Landwirtschaftsvereins schreibt über den Stand der Ernte Mitte September:

Die Hoffnung, das Getreideernte und der Nachmahd ermöglichen und die Kartoffelernte begünstigen möchte, hat sich leider nicht erfüllt. Auch in der Zeit von Mitte August bis Mitte September herrschte in den meisten Gegenden Deutschlands läßliches und regnerisches Wetter. Die Getreideernte hat infolgedessen noch nicht überall beendet werden können, insbesondere sehr stark noch häufig auf dem Felde. Ebenso hat man die Kartoffelernte vielfach noch nicht in Angriff nehmen können, und die Bestellung der Winterfrüchte ist vielfach im Rückstande.

Wenn auch nach den bisher vorliegenden Schätzungen die Kartoffelernte der Menge nach erheblich größer sein wird als im Vorjahre, so besteht doch die Gefahr, daß die Knollen bei der andauernden Hitze faulen. Die Nachmahd ist der Menge nach gut ausgefallen, doch konnte sie wegen der Niederschläge vielfach nicht eingebracht werden und hängt teilweise an zu faulen.

Bon den Rüben wird berichtet, daß die Niederschläge mehr genützt als geschadet hätten. Doch wird mehrfach berichtet, daß die Zuckerrüben zwar einen übigen Reichtum zeigen, daß aber ihr Reichtum sich in ihr Fruchtgewicht im Vergleich zum Vorjahre zurückgefallen seien.

Der Lage.

„Ein deutsches Volk kann nicht untergehen.“ Die Deutsch-Schweizerische Vereinigung in Leipzig hat den in Leipzig weilenden Schweizer Botschafter zum Ehrenmitglied ernannt in Anerkennung der großen Verdienste um die kulturellen Beziehungen zwischen Schweiz und Deutschland. Eben Gebin dankte förmlich dem Botschafter für diese Ehrung. Niemand wisse, wer Sieger in dem großen Weltkrieg sei; denn der Krieg sei noch nicht zu Ende. Frieden könne man den jetzigen Zustand nicht nennen. Der Herr Botschafter hat erwidert, es sei eine unnütze Gewalttat gegen ein Volk, dem nur durch Wortbruch die Waffen abgenommen worden seien. Von dem größten Wortbruch der Welt habe sich Deutschland betrogen lassen. Was die Zukunft bringen werde, sei unklar. Aber sicher sei, daß kein Herrscher die Schicksale der Völker bestimmen werde, sondern der, der über den Völkern thronen. Dann werde es Lebensrisiken geben, die dazum werden, daß das deutsche Volk eine Mission zu erfüllen habe, die es zu neuer Größe führen werde. Ein deutsches Volk kann nicht untergehen. Gewiß können ihm noch schwere Zeiten bevor. Aber ich hoffe, so schloß Gebin, daß Deutschland auch noch die kommenden harten Tage bestehen wird.

Reichsvorläufe für die notleidenden Gemeinden. Mit Rücksicht auf das immer betrüblichere Aussehen des Reichstages der Kommunen hat sich der Reichsminister der Finanzen zu einer Hilfsaktion entschlossen, die angeht die eigenen Finanzlage des Reiches ein ganz außerordentliches Entgegenkommen bewahrt. Das Reichsministerium hat dem Reichshauptamt für 1921 Betrag von 28 Milliarden. Da dieser Betrag aber erst zum Teil eingegangen und in die Länder und Gemeinden ausgeschüttet ist, so sind die Überfinanzungen der Landesfinanzämter telegraphisch angeordnet worden, die Hälfte des gesamten Veranlagungsforts für 1920 ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Einnahmen der einzelnen Landesregierungen nach Maßgabe ihrer Beteiligung als Voranschlag für die Gemeinden zu überweisen. Die Lebensnotlage hat bereits in gewissen Fällen festgestellt. Die tausenden Lebensnotlagen aus dem weitesthin aufkommenden Reichsministerium gehen dabei in der Kürze nicht. Es liegt zu hoffen, daß die Not der Gemeinden auf diese Weise eine sichtbare Besserung erfährt. Eine dauernde Besserung der Gemeindefinanzen wird erst die Novelle zum Landessteuergesetz bringen können, die gerade nach dieser Richtung weitgehende Vorschläge der Reichsfinanzverwaltung enthält.

Die Einigung der sozialistischen Parteien. Am Mittwoch ist in Gera der Parteitag der S. B. D. zusammengetreten, der die Mission dieser Partei in die alte Sozialdemokratie befestigen soll. Die Einigungslage wurde, nachdem am ersten Tage nur die künftigen Gründungs- und Begründungsarbeiten festgelegt hatten, am Donnerstag behandelt, am gleichen Tage, als auf dem Angsbauer Barthelemy der Wechselsocialisten dieses Thema zur Debatte stand. Der Angsbauer Parteitag hatte am Mittwoch die Beschlüsse des Reichstages des Reichstages und der Reichstagsfraktion beendet. Demerswert war hierbei eine längere Rede des Reichstagspräsidenten Ebbe, der warm für Deutschlands Ansehen an den Völkern eintrat. Das Ergebnis der Debatte wurde in einer Anzahl Resolutionen niedergelegt. Angenommen wurden die Anträge, die eine Verkleinerung der Reichstagsfraktion mit dem allgemeinen Verkleinerung der Reichstagsfraktion, schnellsten zeitgemäßen Ausbau der hinter den jetzigen Verhältnissen zurückgebliebenen sozialpolitischen Gesetze, stärksten Kampf gegen den Wucher, Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, soziales Verbot der schwarz-weiß-roten Flaggen, Abwehr der parteilichen Besprechungen Bayerns u. a. m. Außerdem Eintrag auf schnelles Beilegen des Reichswehrministers Dr. Geiler wurde zunächst abgelehnt. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, der geistliche Maßnahmen zur Abhilfe der Not der Preisse und gegen den Papierwucher fordert.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 22. September 1922.

— Vom 1. Oktober 1922 höhere Beiträge zur Invalidenversicherung. Nach der in der heutigen Nummer unserer Zeitung befindlichen Bekanntmachung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt sind vom 1. Okt. 1922 an für Versicherte mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 18 000 M. höhere Beiträge zur Invalidenversicherung zu entrichten. Hierbei sei wiederholt darauf hingewiesen, daß bei Errechnung des Jahresarbeitsverdienstes nicht bloß der Verdienst in Frage kommt, sondern daß diesem der Wert der freien Kost und Wohnung, des Deputats und dergl. zuzuzählen ist. Ueberflüssige Takteln über die Höhe der zur Invalidenversicherung zu entrichtenden Beiträge und über die Errechnung des Jahresarbeitsverdienstes sind in den Kontrollstellen der Landesversicherungsanstalt unentgeltlich zu haben.

— Keine Eisenkreuze mehr. Die preussische Regierung hat die weitere Verleihung Eiserner Kreuze an Feldzugeitliche abgelehnt, weil nach ihrer Meinung mit der Verleihung ein Gedächtnis werden müsse und die Verleihung der Anträge nicht mehr nachprüfbar ist.

— Ein hermatisches Verbot! müssen wir haben! Das Wort hat der Briefträger überall gebrüllt, als er in den letzten Wochen die Abkommensbetriebe für den Monat September besuchte. Er warnt die Briefträger vor dem Besuche der Briefträger. Wenn wegen der allgemeinen Steuerung ein Blatt abbestellt werden muß, so kann es ein fremdes sein, unsere Zeitung, die jahraus, jahrein zu uns gekommen ist, die müssen wir nach wie vor haben. Wenn die festste, wäre es nicht etwa bloß so, als ob morgens oder nachmittags der Kaffee auf dem Tische festste, mehr noch, als ob nach außen hin die Welt mit Brot und Butter versehen wäre und man nichts mehr von der Nachbarschaft und von der Umwelt erfahren könnte. Das wäre nicht nur für die „Neugierigen“ unerträglich, mehr noch, es wäre für jeden eine Verheerung und eine Schädigung des Gesundheits, denn von innen, was uns Verdienst, Vorteil oder aber Schaden bringen kann, würden wir nichts wissen. Ein für allemal: unsere Zeitung wird nicht weiter abbestellt!

— Die freie Arztpraxis. Der Leipziger Verband der Ärzte wendet sich in einer Entschließung gegen die Erweiterung der Versicherungspflicht und der Versicherungsbeiträge. Sie bedeute eine durch nichts gerechtfertigte Begünstigung bestimmter Volksteile. Die Ärzte legen Beschwerde dagegen ein, daß die freie Praxis durch die freie Krankenversicherung der Versicherungsnehmer immer mehr eingeengt wird. Die Ärzte lehnen jede geistliche Regelung ab, die für sie Ausnahmestimmungen bedeuten würde.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. V. A.) hat in den Tagen vom 8. bis 11. September Vertreter aus allen Teilen des Reiches zum **Ersten Deutschen Angestelltenkongress** und zum ersten Bundeskongress des G. V. A. nach Weimar einberufen. Der Antrag zu den Verhandlungen war ein außerordentlicher. Im Mittelpunkt der Tagung standen vier Vorträge. Bundesvorsitzender Gustav Schneider (Berlin) sprach über die Standarbeit in Vergangenheit und Zukunft. Bundesvorsitzender Emil Stodemann-Berlin über Arbeitsgericht und Arbeitsrecht. Dr. Comber-Berlin über die Schlichtungsordnung. Wilhelm Beckmann-Berlin über die Arbeitslosenversicherung. In einer Entschließung wurde die dringende Forderung nach sofortiger ausdehnender Sicherung der Vorkindererziehung erhoben. Zur Arbeitslosenversicherung verlangt der Deutsche Angestelltenbund unter bestimmten Voraussetzungen die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Träger der Arbeitslosenversicherung. — Auf dem vor und nach dem Angestelltenkongress gehaltenen ersten Bundeskongress wurden eine Anzahl Entschließungen gefaßt. In ihnen wird unter anderem zum Ausdruck gebracht, daß der G. V. A. mit seiner Arbeit auf dem Boden der Reichsvereinfachung steht. In der Frage der Zentralratsgemeinschaft vertritt der Bundesrat die Auffassung, daß der einheitliche Unternehmensstandpunkt zurücktreten muß, wenn die Zentralratsgemeinschaft ein geeignetes Mittel für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bleiben soll. Weitere Kundgebungen wendeten sich gegen den Friedensvertrag von Versailles, weiter wurden behandelt die zeitgemäße Reform der Angestelltenversicherung, die geistliche Regelung der Arbeitszeit der Angestellten, die Stellung der gleichberechtigten Lohn- und Gehaltsklassen und die Bedeutung des Soziallohnens.

Die Fernspreckgebühren erfahren am 1. Oktober eine Erhöhung von 600 Prozent. Die Grundgebühr für das hiesige Ortsnetz beträgt dem jährlich 3220 Mark, die Ortsnetzgebühr beläuft sich auf 1,75 M., von öffentlichen Sprechtellen auf 3,50. Fernspreckgebühren kosten bis 5 km. 1,75 M., über 5 bis 15 km. 5,25 M., über 15 bis 25 km. 8,75 M., über 25 bis 50 km. 14.— usw. — Teilnehmer können die Fernspreckverbindungen bis 25. September zum 30. September kündigen.

Die Magistratsrat sowie die Gemeinde- und Ortsvorstände des Kreises veranlassen ich unter Hinweis auf die Ziffern 68 ff der Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung vom 1. Mai 1904 — Amtsbl. für 1904 — nach S. 242 — und die Abänderung hierzu vom 26. August 1912 — Amtsbl. S. 325 — in ihren Gemeinden bekannt zu machen, daß Anträge auf Erteilung von Wandergewerbebescheinigungen für das Jahr 1922 spätestens bis zum 15. Oktober d. J. bei den Ortspolizeibehörden (in den Städten bei der Polizeiverwaltung, auf dem Lande bei dem Amtsvorsteher) zu stellen sind. Den Anträgen ist eine unanfertigte Photographie des Antragstellers in Brustform beizufügen. Auch hat der Stellung des Antrages auf Erteilung eines Wandergewerbebescheinigung der Gewerbebescheinigende in seinem Wandergewerbebetriebe die Beschäftigten, soweit er sie von Ort zu Ort mit sich führen will, ihrer Zahl nach bei den Landratsämtern des Kreises des Wohnortes des Antragstellers anzumelden, und zwar bei der Polizeibehörde, bei welcher er den Schein beantragt. Die Bescheinigung sind bei der Anmeldung oder mit Erlaubnis des Landratsamtes für längere Zeit an die Krankenkasse im voraus zu entrichten. Über die empfangenen oder gefandenen Scheine ist die Krankenkasse eine Bescheinigung aus, welche der Gewerbebescheinigende bei Stellung des Antrages auf Erteilung des Wandergewerbebescheinigung der Ortspolizeibehörde vorzulegen hat. (§§ 459 Abs. 1, 466 Abs. 1, 461 Abs. 1 R. V. O.). Werden die Anträge später gestellt, so haben es sich die Interessenten selbst aufzuschreiben, wenn die Scheine bis zum Beginn des nächsten Jahres nicht in ihre Hände gelangen.

Halle a. S. Vermittelt wird seit dem 28. August der Betriebsleiter Gustav Molter von der holländischen Pflanzerei. Er ist zuletzt in Nordhausen am 7. September gesehen worden und war bekleidet mit einem hellgrauen Anzug, schwarzen Schnurrispen und einem hellen Gesicht. Der Vermittelt ist von unregelmäßiger Figur, hat dunkles Haar und dunklen Schnurrbart sowie graubraune Augen.

Halle a. S. Vermittelt wird seit dem 28. August der Betriebsleiter Gustav Molter von der holländischen Pflanzerei. Er ist zuletzt in Nordhausen am 7. September gesehen worden und war bekleidet mit einem hellgrauen Anzug, schwarzen Schnurrispen und einem hellen Gesicht. Der Vermittelt ist von unregelmäßiger Figur, hat dunkles Haar und dunklen Schnurrbart sowie graubraune Augen.

Die erste Schneeflocke im Harz. Thale (Harz), 20. Sept. Im Gebiete des ganzen Harzgebietes ist Frostwetter eingetreten. Die Temperatur fiel in der letzten Nacht auf 1 Grad unter Null. Auf dem Brocken liegt eine Schneeflocke von 1 Zentimeter.

Der erste Schnee im Harz. Thale (Harz), 20. Sept. Im Gebiete des ganzen Harzgebietes ist Frostwetter eingetreten. Die Temperatur fiel in der letzten Nacht auf 1 Grad unter Null. Auf dem Brocken liegt eine Schneeflocke von 1 Zentimeter.

Der erste Schnee im Harz. Thale (Harz), 20. Sept. Im Gebiete des ganzen Harzgebietes ist Frostwetter eingetreten. Die Temperatur fiel in der letzten Nacht auf 1 Grad unter Null. Auf dem Brocken liegt eine Schneeflocke von 1 Zentimeter.

Berlin. In einem Hotel am Potsdamer Platz wurden einer Dame aus einem Zimmer im ersten Stock durch einen Hausknechten neben Margel Schmuckkästen im Werte von drei Millionen Mark gestohlen.

Saalfeld. Gestern wurde hier nach einer eingehenden Ermittlung der Polizei eine Wertliste entdeckt, in der falsches Geld angeführt wurde. In Frage kommen zwei Steindrucker, ein Geldführer und zwei Händlerrichter, die sich verbündet hatten, um falsche Brotmarken und falsche 500-Markcheine anzufertigen. Es wurden 200 Bogen, der Vogen zu 60 Stück dieser falschen 500-Markcheine beschlagnahmt. Die Verhafteten beaupten, es seien keine der falschen Scheine in Umlauf gesetzt worden, es habe sich zunächst nur um einen Versuch gehandelt.

Berlin. Wie das B. L. hört, wird in den nächsten Tagen eine Ausprache der Reichsregierung mit den Parteilägern über die Frage der Streikregelung stattfinden.

Mitteilungen aus aller Welt.

1 1/2 Zentner Roggen als Schulgeld. Die Landwirtschaftskammer Weimar hat Schulgeld in Höhe von 1 1/2 Zentner Roggen als Schulgeld für die hiesigen Schüler 1 1/2 Zentner, von den Auswärtigen 2 Zentner Roggen als halbjährliches Schulgeld.

Ein Mitternacht durch Großfeuer zerstört. Aus bisher unaufgeklärter Ursache brach auf dem Mitternachtsgaschwind bei Leipzig ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die Feuerwehre aus Leipzig vermochte nur die stark gefährdeten Nachbargebäude zu schützen. Die Brandstätte bietet ein Bild völliger Verwüstung.

Beim Segelfliegen in der Rhön abgekörtzt. In der Rhön werden die Segelfliegerjunge immer noch fortgesetzt. Dabei ereignete sich auf der Wasserkuppe ein Unfall. Der amerikanische Flieger Allen, der nach Abschluß des Wettbewerbs in Clermont-Ferrand seine beiden Vorkursen nach der Rhön geschickt hatte, um auf der Wasserkuppe Flügelversuche zu unternehmen, ist abgekörtzt. Er wurde von der Wasserkuppe nach Gersfeld transportiert.

Eine Haftentlassung in der Morbsche Kathonax. In der Kathonax-Mordfrage ist eine weitere Haftentlassung erfolgt. Der Angeklagte Werner Vogt ist ohne Sicherheitsleistung freigelassen worden. Vogt hat sich um die Beschaffung der Garage zur Unterbringung des Mordautos bemüht und wird angefordern, es unterlassen zu haben, bevor das Verbrechen begangen worden ist, von dessen Vorhaben er Kenntnis haben soll, Anzeige zu erstatten.

Even Hedon über Tibet. Aus dem Naturforschertag in Leipzig hielt der bekannte Forscher Even Hedon einen Vortrag über „Das Hochland von Tibet und seine Bewohner“. Er schilderte das abenteuerliche Hochland von Tibet und seine Entdeckung durch Falgouten der Erde und Lösung der Fragen, die in das fahstige Grenzgebiet des Hochlandes, den Himalaya, gebildet haben. Von dessen höchsten Gipfel, dem bis-

her noch unbekannteren Mount Everest, muß der Besieger dieses Berges einen wunderbaren Anblick genießen. Den starken Beifall der Anwesenden deutete der Vorsitzende dahin, daß er nicht nur den wunderbaren Leistungen des Mannes gelte, der in zäher Ausdauer auf seinen Entdeckungstreffen fast unendlich Entschendungen vollbracht habe, sondern er bringe auch unsere persönliche Bezeugung und Liebe dem fremden Deutschland zum Ausdruck, der diese Freundschaft in schwerer Zeit bewährt habe.

— Mein Gelobnis für Döbrantwein. Unter Androhung von Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 100 000 Mark verbietet das bayerische Landwirtschaftsministerium die Verwendung von Obst zur Herstellung von Döbrantwein. Mit Genehmigung der zuständigen Stellen darf jedoch Obst, das zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist, oder in anderer Weise nicht verwertet werden kann, zur Herstellung von Döbrantwein verwendet werden.

— Unterstützung von Angehörigen der Wagnis-Gefangenen. Wie der amtliche Preussische Reserveroffizier mittelst, bestimmt der Minister des Innern in einer Verfügung Nachstehendes: Den Angehörigen der am 1. August 1922 noch nicht heimgekehrten sog. Wagnis-Gefangenen soll eine einmalige außerordentliche Unterstützung aus Reichsmitteln bewilligt werden. Die Unterstützung ist je nach Lage des einzelnen Falles auf den Betrag von 3000—5000 Mark zu bemessen. Anspruch auf diese einmalige Unterstützung haben nur die bisher aus Reichsmitteln unterstützten Angehörigen unter der Voraussetzung, daß sie auch jetzt noch als bedürftig anzusehen sind. Zinsgesamt können also die Angehörigen eines Gefangenen im Höchstfalle 5000 Mark erhalten.

— Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	21. 9.	20. 9.	1914
100 holländische Gulden	54631	56628	167.— M.
100 belgische Franken	10112	10486	80.— "
100 dänische Kronen	39662	39862	112.— "
100 schwedische Kronen	37403	38851	112.— "
100 holländische Gild.	6943	6142	80.— "
1 englisches Pfund	6243	6491	80.— "
1 Dollar	1393	1463	4,20 "
100 französische Franken	10761	11196	80.— "
100 holländische Franken	26117	27315	80.— "
100 schwedische Kronen	4494	4569	—

— Berliner Warenmarkt vom 21. September. Amtliche Notierungen für 50 kg. ab Stationen: Weizen Marktücker 2900—2960, Sommergerste 2875—2925, Roggen Marktücker 2400—2475, Sommergerste 2400—2450, Sommergerste 2750 bis 2900, Wintergerste 2500—2600, Hafer Marktücker 2700 bis 2900, Pannmehlgrieß 2650—2775, Mais loco Berlin 2650—2725, ab Hamburg 2600—2675, Weizenmehl (100 kg) 8200—8700, Vorratmehl (100 kg) 6200—6750, Weizenmehl 1600, Roggenmehl 1000—1700, Raps 3500—3700, Bittererbsen 5000—5300, M. Speiseerbsen 3900—4100.

Vormarsch der Fiskus.

Der Vertreter der Angora-Regierung will erklärt haben, daß General Harrington beachtlich sei, daß die Maßnahmen die Absicht haben, die Darstellungen zu überfordern, um den Graumarketen der Seiden in Ägypten ein Ende zu machen. Wenn die Ägypter keinen Widerstand leisteten, soll nicht auf sie geschlossen werden.

Berlin. Die Wähler begrüßen den von dem Reichspräsidenten Hohenstein in London erzielten Erfolg als eine wesentliche Entspannung unserer außenpolitischen Lage. Da zu wiederholten Malen betont worden ist, daß die Reichspräsident nicht gewillt sei, einen Teil ihres Goldbestandes dem Ausland zu verpfänden, so halten die Wähler für selbstverständlich, daß die Botschaften in London unter dieser Voraussetzung gefaßt worden sind.

Bereinigung der Handwerker.
Mittwoch, d. 27. September
abends 8 1/2 hr
Versammlung.
Tagesordnung und Lokal in nächster Nummer.
Der Vorstand.

Kammerjäger
Scheidemann ist gegenwärtig in Teuchen und Umgebung und vertilgt radikal unter spezifischer Garantie Motten, Mäuse, Wurzeln, Schwaben usw. Wirkung nachweislich innerhalb 24 Stunden! Jeder Auftraggeber bekommt einen Garantieschein. Bestellungen werden noch in der Geschäftsstelle d. W. angenommen.

Bekanntmachung.
Durch Geleg vom 18. Juli 1922 sind den bisherigen Lohnklassen in der Invalidenversicherung fünf weitere zugefügt worden, und zwar

Lohnklasse I	mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 18 000 bis 27 000 M. Wochnbeitrag 18.— M.
Lohnklasse K	mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 27 000 bis 39 000 M. Wochnbeitrag 24.— M.
Lohnklasse L	mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 39 000 bis 54 000 M. Wochnbeitrag 32.— M.
Lohnklasse M	mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 54 000 bis 72 000 M. Wochnbeitrag 42.— M.
Lohnklasse N	mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 72 000 M. Wochnbeitrag 52.— M.

Diese Beiträge sind vom 1. Okt. 1922 an zu zahlen. Takteln über die Höhe der Beiträge und über die Errechnung des Jahresarbeitsverdienstes sind in unseren Kontrollstellen unentgeltlich zu haben.

Werbearbeit, den 5. September 1922.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. J. V. Wöde.

gewerbebescheinigung der Ortspolizeibehörde vorzulegen hat. (§§ 459 Abs. 1, 466 Abs. 1, 461 Abs. 1 R. V. O.). Werden die Anträge später gestellt, so haben es sich die Interessenten selbst aufzuschreiben, wenn die Scheine bis zum Beginn des nächsten Jahres nicht in ihre Hände gelangen.

Die hiesigen Polizeiverordnungen und die Herren Amtsvorsteher erteile ich auf meine Rundbesichtigung vom 22. September 1899 — Nr. 4784 — und vom 9. August 1907 — Nr. 6739 — und erlaube, mir die betreffenden Anträge nebst Anlagen in einer Nachweisung nach dem übersandten Formular zusammenzustellen und mit der vorgeschriebenen Beschleunigung und der Photographie versehen (spätestens am 25. Oktober d. J. einzureichen). In Spalte 15 der Nachweisung erlaube ich bei allen den Anträgen, wo Begleiter in den Wandergewerbebescheinigungen eingetragen werden sollen, zu bezeichnen, daß die Krankenlastenbescheinigung (461 R. V. O.) vorzulegen worden ist.

Weshalb, den 11. September 1922.

S. W. 114. Der Landrat.

Büstenkarten fertigt an **Wachdruckerei O. Liefering.**

